



## ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

**Absender:**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Hagen  
Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Hagen

**Betreff:**

Vorschlag der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und Die Linke.  
hier: Beitritt der Stadt Hagen zum Bündnis "Städte Sicherer Häfen"

**Beratungsfolge:**

13.02.2020 Rat der Stadt Hagen

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat beschließt folgende Erklärung:

1. Der Rat der Stadt Hagen unterstützt wie zahlreiche andere Städte die Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen“, erklärt sich offiziell zum sicheren Hafen für geflüchtete Menschen und tritt dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ bei.
2. Der Rat stellt fest, dass die Stadt Hagen bereit ist, geflüchtete Menschen zusätzlich aufzunehmen, die sich in katastrophalen und inhumanen Zuständen in Auffanglagern befinden. Das betrifft insbesondere Frauen und unbegleitete minderjährige Kinder und Jugendliche.
3. Die Bundesregierung und der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat werden aufgefordert, die Angebote der Kommunen für direkte Aufnahme von Flüchtlingen endlich anzunehmen und entsprechende finanzielle und organisatorische Unterstützung zur Verfügung zu stellen.
4. Der Oberbürgermeister wird die Bereitschaft der Stadt Hagen zur Aufnahme von zusätzlichen Flüchtlingen der Bundesregierung mitteilen und anbieten. Der Oberbürgermeister wird dabei gegenüber der Bundes- und Landesregierung klarstellen, dass diese Bereitschaft mit der Erwartung verbunden ist, endlich für eine transparente und gerechte Verteilung aller Geflüchteter auf die Kommunen sowie deren auskömmliche



finanzielle und organisatorische Unterstützung, die für kommunale Aufnahme und erfolgreiche Integration notwendig ist, Sorge zu tragen.

5. Der Rat appelliert an die Bundes- und Landesregierung, sich zusätzlich zu diesem dringend erforderlichen humanitärer Akt der Flüchtlingsaufnahme verstärkt für die Bekämpfung von Fluchtursachen, für sichere Fluchtwege und für eine humane europäische Flüchtlingspolitik einzusetzen sowie der Kriminalisierung von Seenotretter\* innen entgegenzutreten.

### **Kurzfassung**

entfällt

### **Begründung**

siehe Anlage

### **Inklusion von Menschen mit Behinderung**

Belange von Menschen mit Behinderung

sind nicht betroffen



An den Oberbürgermeister  
Herrn Erik O. Schulz

- Im Hause -

04.02.2020

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

bitte nehmen Sie für die Sitzung des Rats der Stadt Hagen am 13.02.2020 gem. § 6 (1) GeschO folgenden Antrag auf die Tagesordnung:

### **Beitritt der Stadt Hagen zum Bündnis „Städte Sicherer Häfen“**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat beschließt folgende Erklärung:

1. Der Rat der Stadt Hagen unterstützt wie zahlreiche andere Städte die Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen“, erklärt sich offiziell zum sicheren Hafen für geflüchtete Menschen und tritt dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ bei.
2. Der Rat stellt fest, dass die Stadt Hagen bereit ist, geflüchtete Menschen zusätzlich aufzunehmen, die sich in katastrophalen und inhumanen Zuständen in Auffanglagern befinden. Das betrifft insbesondere Frauen und unbegleitete minderjährige Kinder und Jugendliche.
3. Die Bundesregierung und der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat werden aufgefordert, die Angebote der Kommunen für direkte Aufnahme von Flüchtlingen endlich anzunehmen und entsprechende finanzielle und organisatorische Unterstützung zur Verfügung zu stellen.
4. Der Oberbürgermeister wird die Bereitschaft der Stadt Hagen zur Aufnahme von zusätzlichen Flüchtlingen der Bundesregierung mitteilen und anbieten. Der Oberbürgermeister wird dabei gegenüber der Bundes- und Landesregierung klarstellen, dass diese Bereitschaft mit der Erwartung verbunden ist, endlich für eine transparente und gerechte Verteilung aller Geflüchteter auf die Kommunen sowie deren auskömmliche finanzielle und organisatorische Unterstützung, die für kommunale Aufnahme und erfolgreiche Integration notwendig ist, Sorge zu tragen.
5. Der Rat appelliert an die Bundes- und Landesregierung, sich zusätzlich zu diesem dringend erforderlichen humanitären Akt der Flüchtlingsaufnahme verstärkt für die

Bekämpfung von Fluchtursachen, für sichere Fluchtwege und für eine humane europäische Flüchtlingspolitik einzusetzen sowie der Kriminalisierung von Seenotretter\*innen entgegenzutreten.

### **Begründung**

Auch wenn das Medienecho sehr gering geworden ist, so nimmt das Sterben auf dem Mittelmeer immer noch kein Ende. Alleine im Jahr 2019 sind laut statista erneut über 1200 Menschen auf der Flucht ertrunken. Weitere Menschen sind auf der Flucht oder sitzen zurzeit noch in den libyschen Lagern fest. Um diese Menschen zu retten, setzt die EU keine eigenen Rettungsmissionen ein, sondern überlässt dies freiwilligen Seenotrettern. Diese dürfen dann, wie in den letzten Monaten häufig geschehen, keine europäischen Häfen anfahren, sodass die geflüchteten Menschen weiter um ihre Sicherheit fürchten müssen. Es ist beschämend, dass es nicht bzw. kaum gelingt für die betroffenen Geflüchteten Aufnahmeländer zu finden. Das alles macht ein Handeln über das bisherige Maß hinaus erforderlich.

Viele Menschen aus ganz Europa schließen sich der Seebrücke an, um der o.g. Entwicklung entgegenzuwirken. Sie demonstrieren für eine humane Flüchtlingspolitik und sichere Fluchtwege. Zudem fordern sie das Bekämpfen der Fluchtursachen. Mit der Erklärung zum sicheren Hafen würde sich die Stadt diesen Forderungen anschließen, gleichzeitig ihre bisherige Unterstützung bei der Aufnahme, Versorgung und Integration von Flüchtlingen bestätigen.

Ende des vergangenen Jahres wurde öffentlich die katastrophale Situation der mehr als 40.000 Flüchtlinge diskutiert, die mitten im Winter auf den griechischen Inseln in menschenunwürdigen, überfüllten Lagern festsitzen – unter ihnen auch zahlreiche Kinder ohne Eltern. Verschiedene Organisationen und Personen haben sich dabei für die zusätzliche Aufnahme von Geflüchteten aus diesen Lagern ausgesprochen. Die Kinderschutzorganisation „terre des hommes“ hat Oberbürgermeister Erik O. Schulz am 30. Januar 2020 in einem Brief aufgefordert, sich für die Einhaltung der UN-Kinderrechtskonvention und konkret für ein Aufnahmeprogramm für die Minderjährigen aus den griechischen Auffanglagern einzusetzen. Zudem fordert „terre des hommes“, dass die Stadt Hagen sich den zahlreichen Städten anschließt, die sich zu „sicheren Häfen“ erklärt haben, von denen sich einige im „Bündnis Städte Sicherer Hafen“ zusammengeschlossen haben.

Mit freundlichen Grüßen

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
f.d.R.  
Christoph Nensa

Fraktion Die Linke  
f.d.R.  
Ingo Hentschel